

Geschäftsverzeichnisnr. 7386
Entscheid Nr. 130/2020 vom 1. Oktober 2020

ENTSCHEID

In Sachen: Klage auf Nichtigerklärung von Artikel 14*bis* Absatz 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, erhoben von Annick Meurant und anderen.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus dem emeritierten Präsidenten A. Alen gemäß Artikel 60*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, dem Präsidenten F. Daoût, und den Richtern J.-P. Moerman, T. Merckx-Van Goey, T. Giet, R. Leysen und M. Pâques, unter Assistenz des Kanzlers F. Meersschaut, unter dem Vorsitz des emeritierten Präsidenten A. Alen,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

*

* *

I. *Gegenstand der Klage und Verfahren*

Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 24. April 2020 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 28. April 2020 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf Nichtigkeitklärung von Artikel 14*bis* Absatz 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat: Annick Meurant, Guido Van Loon, Jan Creve, Dirk Bus und André Didden, unterstützt und vertreten durch RA P. Vande Castele, in Antwerpen zugelassen.

Am 13. Mai 2020 haben die referierenden Richter R. Leysen und T. Giet in Anwendung von Artikel 72 Absatz 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof den Gerichtshof davon in Kenntnis gesetzt, dass sie dazu veranlasst werden könnten, vorzuschlagen, die Untersuchung der Rechtssache durch einen Vorverfahrensentscheid zu erledigen.

Die Vorschriften des vorerwähnten Sondergesetzes vom 6. Januar 1989, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

B.1. Die klagenden Parteien beantragen die Nichtigkeitklärung von Artikel 14*bis* Absatz 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat.

Die Nichtigkeitsklage wurde aufgrund von Artikel 4 Absatz 2 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof eingereicht, der bestimmt, dass eine neue Frist von sechs Monaten für die Einreichung einer Klage auf Nichtigkeitklärung eines Gesetzes, eines Dekrets oder einer Ordonnanz unter anderem jeglicher natürlichen oder juristischen Person, die ein Interesse nachweist, gewährt wird, wenn der Gerichtshof auf eine Vorabentscheidungsfrage hin erklärt hat, dass dieses Gesetz, dieses Dekret oder diese Ordonnanz insbesondere gegen eine der in Artikel 1 erwähnten Regeln verstößt.

B.2. Artikel 14*bis* der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, eingefügt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 16. Juni 1989 « zur Festlegung verschiedener institutioneller Reformen » und abgeändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 4. August 1996 « zur Abänderung der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat » sowie durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 1997, bestimmt:

«Für die Anwendung von Artikel 14 gelten als wesentliche Formvorschriften: Konzertierung, Einbeziehung, Auskunftserteilung, Stellungnahmen, gleich lautende Stellungnahmen, Vereinbarungen, gemeinsame Vereinbarungen mit Ausnahme der in Artikel 92bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erwähnten Zusammenarbeitsabkommen und Vorschläge, die die Beziehungen zwischen Staat, Gemeinschaften und Regionen betreffen und die durch die Gesetze oder aufgrund der Gesetze zur Ausführung der Artikel 39, 127 § 1, 128 § 1, 129 § 1, 130 § 1, 135, 136 Absatz 1, 140, 175, 176 und 177 der Verfassung vorgesehen sind.

Was die in Artikel 63 des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen erwähnten Angelegenheiten betrifft, können natürliche und juristische Personen mit Ausnahme des Staates, der Gemeinschaften, der Regionen und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission die Verletzung der in vorangehendem Absatz erwähnten Formvorschriften jedoch nicht geltend machen ».

B.3. Der einzige Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen die Artikel 10, 11 und 13 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit dem allgemeinen Rechtsgrundsatz des Rechts auf gerichtliches Gehör.

Die klagenden Parteien bemängeln, dass die angefochtene Bestimmung anderen natürlichen oder juristischen Personen als dem belgischen Staat, den Gemeinschaften, den Regionen und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission nicht die Möglichkeit bieten würde, sich im Rahmen einer Nichtigkeitsklage vor dem Staatsrat auf eine Verletzung der in Artikel 14*bis* Absatz 1 derselben Gesetze erwähnten Formvorschriften zu berufen.

B.4. In seinem Entscheid Nr. 147/2019 vom 24. Oktober 2019 hat der Gerichtshof geurteilt:

«B.3.2. Artikel 14*bis* der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, eingefügt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 16. Juni 1989 ‘ über verschiedene institutionelle Reformen ’ und abgeändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 4. August 1996 ‘ zur Abänderung der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat ’ und durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 1997, bestimmt:

‘ Für die Anwendung von Artikel 14 gelten als wesentliche Formvorschriften: Konzertierung, Einbeziehung, Auskunftserteilung, Stellungnahmen, gleich lautende Stellungnahmen, Vereinbarungen, gemeinsame Vereinbarungen mit Ausnahme der in Artikel 92*bis* des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erwähnten Zusammenarbeitsabkommen und Vorschläge, die die Beziehungen zwischen Staat, Gemeinschaften und Regionen betreffen und die durch die Gesetze oder aufgrund der Gesetze

zur Ausführung der Artikel 39, 127 § 1, 128 § 1, 129 § 1, 130 § 1, 135, 136 Absatz 1, 140, 175, 176 und 177 der Verfassung vorgesehen sind.

Was die in Artikel 63 des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen erwähnten Angelegenheiten betrifft, können natürliche und juristische Personen mit Ausnahme des Staates, der Gemeinschaften, der Regionen und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission die Verletzung der in vorangehendem Absatz erwähnten Formvorschriften jedoch nicht geltend machen '.

B.4.1. Der Gerichtshof wird zur Vereinbarkeit von Artikel 14*bis* Absatz 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung befragt, insofern es diese Bestimmung anderen natürlichen oder juristischen Personen als dem belgischen Staat, den Gemeinschaften, den Regionen und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission nicht ermöglicht, die darin erwähnte Verletzung der Verpflichtungen zur Zusammenarbeit im Rahmen einer Nichtigkeitsklage vor dem Staatsrat geltend zu machen, ' während dieselben Verletzungen durch jede Person gegen eine Norm mit Gesetzeskraft vor dem Verfassungsgerichtshof geltend gemacht werden können '.

B.4.2. Nach Artikel 1 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof befindet der Gerichtshof durch Entscheidung über Klagen auf Gesamt- oder Teilnichtigkeit eines Gesetzes, eines Dekrets oder einer in Artikel 134 der Verfassung erwähnten Regel wegen Verletzung ' der Regeln, die durch die Verfassung oder aufgrund der Verfassung für die Bestimmung der jeweiligen Zuständigkeiten des Staates, der Gemeinschaften und der Regionen festgelegt sind '.

Aufgrund von Artikel 30*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof werden ' die Konzertierung, die Einbeziehung, die Auskunftserteilung, Stellungnahmen, gleich lautende Stellungnahmen, Vereinbarungen, gemeinsame Vereinbarungen und Vorschläge, die im Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, mit Ausnahme der in Artikel 92*bis* des besagten Gesetzes vorgesehenen Zusammenarbeitsabkommen, sowie im Sondergesetz vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen oder auch in jeglichem anderen in Ausführung der Artikel 39, 127 § 1, 128 § 1, 129 § 1, 130 § 1, 135, 136, 137, 140, 166, 175, 176 und 177 der Verfassung ergangenen Gesetz vorgesehen sind ' mit Regeln der Zuständigkeitsverteilung im Sinne von Artikel 1 Nr. 1 desselben Sondergesetzes gleichgestellt.

Mit Ausnahme der vorerwähnten Mechanismen des auf Zusammenarbeit beruhenden Föderalismus im Sinne des vorerwähnten Artikels 30*bis* ist der Gerichtshof nicht befugt, die Vorgehensweise oder die Modalitäten des Zustandekommens eines Gesetzes zu prüfen.

Das Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof beschränkt nicht die Möglichkeit von natürlichen oder juristischen Personen, die Verletzung der in Artikel 30*bis* desselben Gesetzes erwähnten Regeln geltend zu machen.

B.4.3. Die Vorabentscheidungsfrage erfordert daher einen Vergleich der Situation von anderen natürlichen oder juristischen Personen als dem belgischen Staat, den Gemeinschaften, den Regionen und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, je nachdem, ob sie vor dem Staatsrat oder vor dem Verfassungsgerichtshof auf Nichtigkeit klagen: Im ersten Fall können sie die Verletzung der in Artikel 14*bis* Absatz 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat erwähnten Mechanismen der kooperativen föderalen Staatsstruktur, die ' wesentlichen

Formvorschriften ' gleichgestellt sind, nicht geltend machen, während sie im zweiten Fall die Verletzung der in Artikel 30*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 erwähnten Mechanismen der kooperativen föderalen Staatsstruktur, die ' Regeln der Zuständigkeitsverteilung ' gleichgestellt sind, geltend machen können.

[...]

B.7. Ein Behandlungsunterschied zwischen gewissen Kategorien von Personen, der sich aus der Anwendung unterschiedlicher Verfahrensregeln unter unterschiedlichen Umständen ergibt, ist an sich nicht diskriminierend. Es könnte nur eine Diskriminierung vorliegen, wenn der Behandlungsunterschied, der sich aus der Anwendung dieser Verfahrensregeln ergibt, zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung der Rechte der betroffenen Personen führen würde.

B.8.1. Der ehemalige Artikel 124*bis* (nunmehr Artikel 30*bis*) des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof wurde durch Artikel 68 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen eingefügt.

In der Begründung hieß es diesbezüglich:

' L'article 124*bis* en projet a pour but de préciser que les dispositions qui imposent à l'État, aux Régions et aux Communautés, différents modes de concertation avant la mise en œuvre de certaines de leurs compétences, sont elles-mêmes des règles de compétence dont la violation peut entraîner l'annulation de la norme législative.

La Cour d'arbitrage veillera au respect du caractère effectif de la procédure de concertation ' (*Parl. Dok.*, Kammer, 1988-1989, Nr. 635/1, S. 49).

Die in Artikel 6 § 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vorgesehene Einbeziehung stellte ein Beispiel für die in Artikel 124*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof vorgesehene Einbeziehung dar (*Parl. Dok.*, Senat, 1988-1989, Nr. 562/2, S. 230).

In dem Bericht war ebenfalls angegeben:

' Un membre souligne l'importance d'une précédente intervention précisant la portée du nouvel article 124*bis* contenu dans l'article à l'examen. Dès l'origine, en effet, la distinction entre les règles de forme et les règles de compétence a donné lieu à de longs débats. Au terme de ceux-ci, on aboutit à la conclusion que les violations des règles de forme n'ouvriraient pas l'action auprès de la Cour d'arbitrage. En l'espèce, c'est le fait de ne pas solliciter un avis qui est sanctionnable et pas le non-respect de l'avis rendu. L'article 68 met clairement les choses au point en transformant les règles de forme en règles de compétence.

Un membre conclut en observant que sont visées, à cet article, des exigences formelles qui s'insèrent dans le cadre de la répartition des compétences. Ces exigences formelles garantissent l'autonomie des Régions et des Communautés ' (ebenda, S. 232).

B.8.2. Zu der ursprünglichen Fassung des im Entwurf befindlichen Artikels 124*bis*, der die Möglichkeit einer natürlichen oder juristischen Person einschränkte, die Verletzung einer der in dieser Bestimmung erwähnten Regeln geltend zu machen, hatte die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats folgende Anmerkungen gemacht:

‘ On peut certes admettre que les règles précitées puissent soit être relatives à la compétence de l’autorité qui collabore à la préparation de la décision à prendre, soit influencer la décision prise par l’autorité compétente et que, dès lors, ces règles soient assimilées à des règles de compétence.

Mais, dans ce cas, les personnes privées qui, suivant l’article 2, 2°, de la loi spéciale sur la Cour d’arbitrage peuvent, si elles justifient d’un intérêt, introduire un recours en annulation d’une loi, d’un décret ou d’une règle visée à l’article 26*bis* de la Constitution, devraient également pouvoir invoquer la violation de l’une des règles précitées. Or, l’article en projet, dans son deuxième alinéa, leur refuse un tel recours “ par dérogation à l’article 2, 2°, ” de la loi précitée.

Dans l’exposé des motifs (p. 90), la dérogation à l’article 2, 2°, de la loi spéciale sur la Cour d’arbitrage est justifiée de la manière suivante :

“ Il va de soi que seules les autorités lésées par la violation de telles dispositions peuvent invoquer celles-ci à l’appui d’un recours en annulation... ”.

Une telle motivation serait adéquate si les dispositions en question énonçaient des formalités prévues dans le seul intérêt des autorités appelées à les respecter, mais elle est insuffisante dès lors que ces dispositions sont considérées comme des règles de compétence.

Puisque, suivant l’exposé des motifs (p. 90) :

“ La Cour d’arbitrage veille au respect effectif de la procédure de concertation ”,

il est permis d’en conclure que la Cour d’arbitrage pourrait soulever d’office un moyen déduit de la violation d’une des règles visées dans l’article en projet ’ (*Parl. Dok.*, Kammer, 1988-1989, Nr. 635/1, S. 84).

B.8.3. Nach dieser Anmerkung der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats hat der Gesetzgeber den Ausschluss der Möglichkeit einer natürlichen oder juristischen Person, vor dem Verfassungsgerichtshof die Verletzung der Mechanismen der kooperativen föderalen Staatsstruktur geltend zu machen, die im früheren Artikel 124*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, der zu Artikel 30*bis* desselben Gesetzes geworden ist, erwähnt sind, nicht aufgenommen.

B.9.1. Die fragliche Bestimmung ist in die koordinierten Gesetze über den Staatsrat eingefügt worden durch Artikel 14 des Gesetzes vom 16. Juni 1989 ‘ über verschiedene institutionelle Reformen ’.

B.9.1. Diesbezüglich heißt es in den Vorarbeiten:

‘ L’article 14 confirme la qualité de formalité substantielle des mécanismes de collaboration entre l’Etat, les Communautés et les Régions, prévus par et en vertu des lois prises en exécution des articles 59*bis*, 59*ter*, 107*quater*, 108*ter* et 115 de la Constitution.

Cela implique que le non-respect desdits mécanismes par les autorités administratives concernées est susceptible de faire l’objet d’un recours en annulation devant le Conseil d’Etat.

[...]

Etant donné que cet article concerne la compétence du Conseil d'Etat, une majorité spéciale n'est pas requise. La loi spéciale sur la Cour d'arbitrage n'est en aucune façon modifiée : pour les actes et règlements contestés, les mécanismes de collaboration énumérés sont des formes substantielles. Ceci n'empêche pas qu'une question préjudicielle à la Cour d'arbitrage doive être posée si l'élaboration d'une loi, d'un décret ou d'une ordonnance sont en cause.

Le deuxième alinéa implique que seules les personnes de droit public qui y sont énumérées, peuvent invoquer la violation des formes substantielles visées à l'alinéa premier. Cela n'empêche évidemment pas que l'article [159] de la Constitution trouve à s'appliquer, pour autant qu'une requête recevable et fondée sur d'autres moyens ait été introduite ' (*Parl. Dok.*, Kammer, 1988-1989, Nr. 790/1, SS. 5-6).

B.9.2. Die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates hatte bezüglich der fraglichen Bestimmung folgende Bemerkungen geäußert:

' Aux termes de l'article, " les concertations, associations, etc. " dont l'omission ou l'irrégularité constituent la violation de règles de compétence au sens de la loi spéciale sur la Cour d'arbitrage, seront qualifiées de formes substantielles dans les lois coordonnées sur le Conseil d'Etat. Il ressortira de l'alinéa 2 que lorsque le Conseil d'Etat sera sollicité de refuser l'application d'une disposition législative pour omission ou irrégularité de ces mêmes concertations, etc., il devra poser une question préjudicielle à la Cour d'arbitrage parce qu'il s'agira d'un moyen pris de la violation d'une règle de compétence. Mais s'il est sollicité de refuser l'application d'un règlement ou d'un acte individuel, ou d'annuler un tel acte, il devra considérer ces mêmes concertations, etc. comme des formes substantielles dont il ne pourra relever la violation qu'à la requête de l'Etat, des Communautés et des Régions.

D'une part, le législateur ordinaire ne saurait s'attribuer le pouvoir de qualifier des actes prescrits par le législateur spécial autrement que ne l'a fait celui-ci.

D'autre part, le législateur ne peut limiter les pouvoirs que le Conseil d'Etat, section administration, et les autres juridictions administratives tiennent de l'article [159] de la Constitution, au même titre que les cours et tribunaux de l'ordre judiciaire.

Il s'ensuit que l'article 7 doit être omis ' (*Parl. Dok.*, Kammer, 1988-1989, Nr. 790/1, SS. 32-33).

B.9.3. In Beantwortung dieses Gutachtens heißt es in dem Bericht:

' L'article 14 n'est que la confirmation expresse dans la loi de l'interprétation donnée par le législateur spécial d'août 1988 des diverses procédures de concertation qui régissent les relations entre l'Etat, les Communautés et les Régions.

En vertu de cet article, en effet, lorsque ces procédures s'imposent pour les actes et règlements dont le Conseil d'Etat peut prononcer l'annulation, il s'agit de formes substantielles prescrites dans l'intérêt de l'Etat, de la Communauté ou de la Région. C'est d'ailleurs pourquoi seules ces autorités ont intérêt à invoquer la violation d'une de ces procédures.

En revanche, lorsque ces procédures s'imposent pour l'adoption des normes de nature législative, il s'agit de règles de compétence qui relèvent de l'appréciation de la Cour d'arbitrage en vertu de la législation qui régit cette dernière ' (*Parl. Dok.*, Kammer, 1988-1989, Nr. 790/3, S. 4).

B.10. Obwohl die von der fraglichen Bestimmung verfolgte Zielsetzung nicht klar aus den in B.9 zitierten Vorarbeiten hervorgeht, kann sie mit dem berechtigten Anliegen in Zusammenhang gebracht werden, die Behandlung von Verwaltungstreitsachen zu rationalisieren.

Im vorliegenden Fall geht die fragliche Bestimmung jedoch unwiderlegbar davon aus, dass andere natürliche oder juristische Personen als der belgische Staat, die Gemeinschaften, die Regionen und die Gemeinsame Gemeinschaftskommission nie ein Interesse daran haben, die Verletzung der in Artikel 14*bis* Absatz 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat erwähnten Mechanismen der kooperativen föderalen Staatsstruktur, die einzig im Interesse des belgischen Staates, der Gemeinschaften, der Regionen und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission erlassen würden, geltend zu machen (*Parl. Dok.*, Kammer, 1988-1989, Nr. 790/3, S. 4).

Diese Annahme, die auf der Missachtung eines Mechanismus der kooperativen föderalen Staatsstruktur beruht, genügt aber nicht, die fragliche Maßnahme zu rechtfertigen, wenn ein Verwaltungsakt oder eine Verordnung in Frage steht, da der Gesetzgeber diesen Standpunkt ausdrücklich abgelehnt hat, wenn eine Gesetzesnorm wegen einer gleichartigen Beschwerde in Frage steht.

B.11.1. Außerdem dient Artikel 14 § 1 Absatz 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat dazu, das Erfordernis des Interesses am Klagegrund im Gesetz zu verankern. Gemäß der Rechtsprechung des Staatsrates kann der Kläger eine Unregelmäßigkeit grundsätzlich nur auf zulässige Weise geltend machen, wenn diese Unregelmäßigkeit seinen Interessen schadet.

Dieser Begriff des Interesses am Klagegrund stellt somit ausreichend sicher, dass die Verletzung der in Artikel 14*bis* der koordinierten Gesetze über den Staatsrat erwähnten Mechanismen der kooperativen föderalen Staatsstruktur in zulässiger Weise nur von Personen geltend gemacht werden kann, deren Interessen durch die Annahme des angefochtenen Akts unter Missachtung der vorerwähnten Artikel 14*bis* Absatz 1 erwähnten Formvorschriften geschadet wird.

B.11.2. Schließlich ist den natürlichen oder juristischen Personen in Bezug auf die Geltendmachung eines in Artikel 14*bis* der koordinierten Gesetze über den Staatsrat erwähnten Mechanismus der kooperativen föderalen Staatsstruktur im Zusammenhang mit der Annahme eines Aktes oder einer Verordnung jede Nichtigkeitsklage verwehrt.

B.11.3. Das Recht auf gerichtliches Gehör ist ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, der unter Einhaltung der Artikel 10 und 11 der Verfassung einem jeden gesichert werden muss. Indem in der fraglichen Bestimmung unwiderlegbar angenommen wird, dass andere natürliche oder juristische Personen als der belgische Staat, die Gemeinschaften, die Regionen und die Gemeinsame Gemeinschaftskommission nie ein Interesse daran haben, die Verletzung der in Artikel 14*bis* Absatz 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat erwähnten Mechanismen der kooperativen föderalen Staatsstruktur geltend zu machen, und indem daher darin diese Personen von jeder Möglichkeit ausgeschlossen werden, die Verletzung dieser

Formvorschriften geltend zu machen, schränkt sie in unverhältnismäßiger Weise das Recht einer Kategorie von Rechtsuchenden auf gerichtliches Gehör ein.

Deshalb verletzt die fragliche Bestimmung auf diskriminierende Weise das Recht auf gerichtliches Gehör.

B.12. Die erste Vorabentscheidungsfrage ist bejahend zu beantworten ».

B.5. Aus den gleichen Gründen, wie sie im vorerwähnten Entscheid Nr. 147/2019 dargelegt wurden, ist der einzige Klagegrund begründet.

B.6. Damit Rechtsunsicherheit vermieden und die Folgen für das Streitverfahren vor dem Staatsrat, die sich im vorliegenden Fall aus einer Nichtigklärung ergeben können, berücksichtigt werden, sind die Folgen der für nichtig erklärten Bestimmung in Anwendung von Artikel 8 Absatz 3 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 in Bezug auf all deren Anwendungsfälle vor dem 9. April 2020, d.h. dem Datum der Veröffentlichung des Entscheids Nr. 147/2019 im *Belgischen Staatsblatt*, aufrechtzuerhalten.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

(1) erklärt Artikel 14*bis* Absatz 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat für nichtig;

(2) erhält die Folgen der für nichtig erklärten Bestimmung in Bezug auf all deren Anwendungsfälle vor dem 9. April 2020, d.h. dem Datum der Veröffentlichung des Entscheids Nr. 147/2019 im *Belgischen Staatsblatt*, aufrecht.

Erlassen in niederländischer, französischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 1. Oktober 2020.

Der Kanzler,

Der Präsident,

F. Meersschant

A. Alen